



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein, Dr. Florian Herrmann, Berthold Rüth** und **Fraktion (CSU)**,

**Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Klaus Adelt, Horst Arnold, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Martin Güll, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Ruth Müller, Kathi Petersen, Dr. Christoph Rabenstein, Doris Rauscher, Florian Ritter, Bernhard Roos,, Georg Rosenthal, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Stefan Schuster, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Woerlein, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**,

**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/18

**Unterstützung einer möglichen Bewerbung der Landeshauptstadt München mit dem Markt Garmisch-Partenkirchen und den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein um die Austragung der XXIV. Olympischen und XIII. Paralympischen Winterspiele 2022**

1. Der Landtag begrüßt und unterstützt eine mögliche Bewerbung der Landeshauptstadt München mit dem Markt Garmisch-Partenkirchen und den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein um die Austragung der XXIV. Olympischen und XIII. Paralympischen Winterspiele 2022.

2. Der Landtag begrüßt ausdrücklich die in den Austragungsorten bzw. -regionen vorgesehenen Bürgerentscheide über eine Olympiabewerbung 2022. Er sieht in der frühzeitigen Einbindung der Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Element der Partizipation und Transparenz.
3. Der Landtag unterstützt die Absicht der Staatsregierung, die Bewerbung nach entsprechenden Bürgervoten, u.a. durch eine Beteiligung an der Bewerbungsgesellschaft München 2022 GmbH, in der alle Bewerbungsaktivitäten gebündelt werden sollen, maßgeblich voranzutreiben und zu unterstützen. Er fordert die Staatsregierung auf, eine mögliche Olympiabewerbung München 2022 unterstützend zu begleiten und die hierfür erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Dazu zählen auch die Abstimmung mit der Bundesregierung und die Einbindung der Ministerpräsidentenkonferenz, um deren Unterstützung schon in einer möglichen Bewerbung sicherzustellen. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe einzurichten, um die operativen Maßnahmen zu koordinieren. Dem Landtag ist regelmäßig zu berichten.
4. Der Landtag begrüßt die gegenüber der Olympiabewerbung 2018 weiterentwickelte und verbesserte Bewerbungskonzeption mit Einbeziehung der Gemeinde Ruhpolding als Austragungsort für die Langlauf- und Biathlonwettbewerbe sowie der Gemeinde Inzell als Standort für ein drittes Olympisches Dorf und Medienzentrum. Mit der zugrunde gelegten Bewerbungskonzeption besteht eine hervorragende Grundlage, Olympische und Paralympische Winterspiele auf höchstem Niveau, umweltverträglich und mit nachhaltigem Nutzen für den Freistaat Bayern und seine Bevölkerung auszurichten. Der Landtag würdigt, dass die Bewerbungskonzeption einen wichtigen Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit legt. Mit der im Vergleich zur Olympiabewerbung München 2018 noch stärker betonten Nutzung von bereits in internationalen Wettkämpfen und Weltmeisterschaften bewährten und anerkannten Wettkampfstätten kann der Flächenverbrauch für Olympische und Paralympische Winterspiele weiter reduziert werden. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang auch, dass im Rahmen der Bewerbung ein Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzept erarbeitet werden soll und Umwelt- und Naturschutzbelange im Zentrum von Planung und Organisation Olympischer und Paralympischer Winterspiele 2022 stehen sollen.

5. Der Landtag befürwortet in Anbetracht der von einer erfolgreichen Olympiabewerbung ausgehenden Impulse für die Entwicklung des Breiten-, Behinderten- und Spitzensports in Bayern sowie der zu erwartenden Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Infrastrukturentwicklung staatliche Fördermaßnahmen im Zusammenhang mit der Austragung Olympischer und Paralympischer Winterspiele. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, für eine umfangreiche und bestmögliche Unterstützung des Bundes für die Vorbereitung und Durchführung Olympischer und Paralympischer Winterspiele 2022 in Bayern einzutreten. Besondere Wichtigkeit hat in Anbetracht der nationalen Bedeutung der Olympiabewerbung eine angemessene finanzielle Beteiligung des Bundes an erforderlichen Investitionen für Wettkampfstätten, Nicht-Wettkampfstätten und Infrastrukturmaßnahmen. Der Landtag erachtet insbesondere zusätzliche Bundesmittel zur beschleunigten Realisierung olympiabedingter sowie für den Bewerbungserfolg hilfreicher Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen für erforderlich.

Der Landtag wird darauf achten, dass andere zwingend erforderliche Verkehrs- und Infrastrukturprojekte in Bayern (wie z.B. Staatsstraßenbau, Schieneninfrastruktur, Hochbaumaßnahmen, Breitbandausbau, Tourismusmaßnahmen etc.) trotz des Finanzierungsbedarfs für Olympia planmäßig im Rahmen der haushaltsmäßigen Möglichkeiten realisiert werden.

6. Der Landtag spricht sich für eine breite und transparente öffentliche Diskussion einer Olympiabewerbung München 2022 mit allen wichtigen gesellschaftlichen Gruppen aus. Er sieht in einer Olympiabewerbung 2022 ein zentrales landespolitisches Zukunftsprojekt, für das parteiübergreifend Unterstützung geleistet werden muss. Er appelliert an alle maßgebenden gesellschaftlichen Kräfte im Freistaat, die Olympiabewerbung national wie international konstruktiv zu begleiten und zu fördern.

Die Präsidentin

**Barbara Stamm**